



BAYERISCHER LANDKREISTAG

An die bayerische Presse

Körperschaft des öffentlichen Rechts

Pressemitteilung
31. März 2011

Sozialleistungen überlasten die bayerischen Kommunalfinanzen Landräte stellen Forderungen an den Bund

„Wenn Mitnahmeeffekte und Maximalstandards bei Sozialleistungen zur Regel werden, ist der Sozialstaat bald nicht mehr finanzierbar“, warnt Landkreistagspräsident Dr. Jakob Kreidl. Für alle Sozialleistungen müssten schärfere Voraussetzungen gelten, zum Beispiel Einkommensgrenzen. Hier werde schließlich das Geld der Steuerzahler verteilt. Wegen der steigenden Fallzahlen bei gleichzeitig steigenden Kosten rechnet er mit einer dramatischen Verschlechterung der finanziellen Lage für die kommunalen Kassen.

Trotz der Freude über den erzielten Gesetzeskompromiss vom 25. Februar und die finanzielle Entlastung der Kommunen durch die Übernahme der Kosten für die Grundversicherung im Alter und bei Erwerbsminderung durch den Bund, wie und wann sie denn kommt, sehen die bayerischen Landräte die Zukunft der kommunalen Sozialhaushalte weiter düster. Sie stellten deshalb Forderungen an den Bund:

- „Die **Eingliederungshilfe** für Menschen mit Behinderung kann nicht allein den Kommunen aufgebürdet werden“, so der Miesbacher Landrat Dr. Jakob Kreidl. Die bayerischen Landräte fordern eine Aufteilung der Kosten zwischen Bund, Ländern und Kommunen zu je einem Drittel. Dr. Kreidl: „Es gibt immer mehr neue Fälle, die Kosten steigen. Das sprengt in absehbarer Zeit die kommunalen Haushalte. Die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung ist von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung, was die UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderung noch unterstreicht. Da müssen der Bund und die Länder in die Finanzierung mit einsteigen.“
- Bei der **Sozial- und Jugendhilfe** fordern die Landräte dringend eine Selbstbeteiligung bei entsprechend hohem Einkommen. Diese kennen Beispiele, in denen selbst Spitzenverdiener ambulante Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe im Bereich einer drohenden seelischen Behinderung ohne eigenen Kostenbeitrag in Anspruch nehmen konnten. „Wir müssen uns Gedanken machen, wie wir die steuerfinanzierte Sozial- und Jugendhilfe wieder stärker auf die tatsächlich Bedürftigen konzentrieren. Dabei geht es nicht um einen Abbau von Sozialstandards, sondern

um die Frage, was die Solidargemeinschaft in Zukunft noch leisten kann!“, so Dr. Jakob Kreidl.

- Die Landräte fordern weiter die Einschränkung des **Wunsch- und Wahlrechts** im Sozialgesetzbuch. Wenn sich der Leistungsbezieher darauf berufen hat, mussten die Sozialhilfeträger schon Mehrkosten von hundert Prozent in Kauf nehmen.
- Zudem soll der **Beitrag für die Unterbringung in Behinderteneinrichtungen** erhöht werden. Gegenwärtig wird von den Eltern der behinderten Menschen ein monatlicher Beitrag von 54,95 Euro verlangt; nicht leistungsfähige Unterhaltspflichtige sind von den Zahlungen befreit. „Angesichts der wirtschaftlichen Lage kann leistungsfähigeren Eltern ein höherer Beitrag zugemutet werden. Auch sollte es grds. möglich sein, das **Kindergeld** bei Unterbringung in vollstationären Einrichtungen zur Finanzierung heranzuziehen“, so der Präsident.
- Empfänger laufender Sozialhilfe sollen nach dem SGB XII in die **gesetzliche Krankenversicherung** einbezogen werden. Die aktuelle Kombination der gesetzlichen mit der privaten Krankenversicherung führt zu erheblichem zusätzlichen und unnötigen Mehraufwand.
- Die Landräte fordern schlussendlich das Festhalten am abgesenkten **Regelsatz bei Bewohnern einer häuslichen Gemeinschaft**. Dr. Jakob Kreidl: „Aus dem gemeinsamen Wirtschaften entstehen faktische Einsparungen. Zusätzliche, nicht verursachte Leistungen können wir nicht erbringen, da nichts auszugleichen ist.“

Mit dem Forderungskatalog will der Bayerische Landkreistag als Vertretung der bayerischen Landkreise in Berlin ein Signal setzen. Präsident Dr. Kreidl: „Die Situation ist heute schon dramatisch. So erfreulich die Kostenübernahme bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung durch den Bund ist, sie stellt nur einen einmaligen Effekt dar. Um die kommunalen Kassen zu entlasten, brauchen wir weitere Schritte.“

Alle Informationen über den Bayerischen Landkreistag im Internet:

<http://www.bay-landkreistag.de>